

Adorfer Wochenblatt.

Mittheilungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Sechzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit: 22 Ngr. 5 Pf.

N^o 7.

Mittwoch, 12. Februar

1851.

Drei Tage aus dem Leben eines sächsischen Volksvertreters.

III.
1850.

Die blutigen Maiereignisse waren vorüber. Sachsen hatte sich eng an Preußen angeschlossen und statt der Reichsverfassung wurde dem Volke die bekannte Verfassung vom 26. Mai geboten. An allen Straßenecken, in allen Kirchen wurde die bekannte königl. Proklamtion vom 30. Mai verkündet, und bald fand sich auch eine große Zahl patriotischer Männer, die gern bereit war, „die Regierung auf dem betretenen Wege, dem einzigen, der noch zu dem ersuchten Ziele führen kann, zu unterstützen“, und die erste Gelegenheit dazu sollten die angeordneten neuen Wahlen bieten. — Was nämlich die innern Verhältnisse betrifft, so hatte die Regierung nach den Maiereignissen vor allen Dingen zu erwägen, ob sie auf dem bisher eingeschlagenen Wege beharren zu können glaube. Letzteres widerrieth eine ziemlich einflussreiche Partei, welche vorstellte, wie ja durch den aufgelösten Landtag der schlagendste Beweis gegeben worden sei, daß mit dem neuen Wahlgesetze sich nicht regieren lasse und wie daher die Regierung entweder ein Wahlgesetz zu octroyiren oder zu den alten Ständen des Jahres 1848 zurückzukehren habe. Und in der That, wenn irgend je, so hätte damals der Grundsatz: „das öffentliche Wohl ist das höchste Gesetz“ selbst solche Schritte gerechtfertigt, die nicht als streng verfassungsmäßig hätten bezeichnet werden können. Die Regierung glaubte jedoch, auch den geringsten Schein einer Verfassungswidrigkeit vermeiden zu müssen, und sie beschloß daher, auch den neuen Landtag nach dem nun einmal in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Wahlgesetze zu berufen und dann durch diesen auf legalem Wege eine Abänderung des Wahlgesetzes votiren zu lassen. Es war dies ein ehrenwerther Entschluß der Regierung, der ihr die vollsten Sympathien der constitutionellen Partei zuwendete, während sie zugleich durch ihren entschiedenen Anschluß an Preußen auch einen großen Theil der Aristokratie gewonnen hatte.

Die Regierung hatte sonach die günstigsten Chan-

cen für sich und eine schleunige Berufung des Landtags würde für sie die gewünschesten Ergebnisse geliefert haben. War doch die Unverstandspartei versprengt und entmuthigt und damals nicht im Entferntesten daran zu denken, daß die radicalen Vereine es wagen würden, wieder in den Vordergrund zu treten und die öffentliche Meinung zu terrorisiren. Leider zögerte jedoch die Regierung, trotz des unablässigen Drängens der constitutionellen Partei, diese günstige Stimmung zu benutzen. Sie ließ vielmehr den Radicalen Zeit, sich wieder zu sammeln und die Sprache ihrer Organe wurde von Tag zu Tage wieder kühner. Inmizelst war durch den damaligen Redacteur des Dresdner Journals, Adv. Siegel, nicht ohne Glück der Versuch gemacht worden, die verschiedenen Fraktionen der conservativen Partei zu vereinigen, und es bildete sich eine Art Comité, um auf die Wahlen im (damaligen) Sinne der Regierung einzuwirken. — Wenn die erlangten Resultate später nicht vollkommen befriedigten, so lag dies in drei Uebelständen, von denen zwei lediglich der Regierung zur Last fielen. Der eine ist bereits angedeutet, er lag darin, daß man den günstigsten Zeitpunkt ungenützt vorüber gehen und die radikale Partei erst wieder erstarren ließ. Der zweite Uebelstand aber hatte in der verändern äußern Politik der Regierung ihren Grund. Dieselbe glaubte nämlich — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahin gestellt — sich nach und nach von Preußen wieder zurückziehen zu müssen. Hatten nun vorher die officiellen und halbofficiellen Blätter darauf hinzuwirken gesucht, daß man die Regierung auf dem in der Proclamation vom 30. Mai angegebenen Wege unterstütze, und war daher auch — mit Vorwissen der Regierung — in das Programm, welches der oberwähnte Wahlverein aufgestellt hatte, gerade dieser Punkt ausdrücklich mit aufgenommen worden: so warnte plötzlich die Leipziger Zeitung, Männer zu wählen, die in der deutschen Frage eine „vorgefasste“ Meinung mitbrächten und sprengte die oben angedeutete Vereinigung. Dadurch kam ein Schwanken in die Wahlen, das auf dieselben vom nachtheiligsten Einfluß sein mußte. Es trennten sich nämlich nun von der sogenannten „deutschen“ Partei alle Diejenigen, welche

um jeden Preis dem ministeriellen Winke folgen wollten, und der dritte Uebelstand, der bisher wenig zu fürchten gewesen war, erlangte nun eine weit größere Bedeutung. Dieser bestand nämlich darin, daß diejenige Partei, welche von Anfang herein es übel vermerkt hatte, daß die Regierung der Mittelpartei sich angeschlossen, und welche schon vorher ein Zurückgehen auf die alten Stände gefordert hatte (wir wollen sie kurz als die Partei der „Sachsenzeitung“ bezeichnen), es gleich anfangs verschmähte, bei den Wahlen mit der constitutionellen Partei gemeinschaftliche Sache zu machen. Hatte darin anfänglich kein Nachtheil gelegen, weil diese Partei viel zu schwach war, um einen Einfluß auf die Wahlen auszuüben, so änderte sich doch plötzlich die Sache, als die eben angedeutete Wendung der Regierung eintrat, denn es fiel nun jener nicht nur die sogenannte großdeutsche Partei, sondern auch die Zahl derjenigen zu, die a tout prix ministeriell sein wollten, oder, wenn das Eine oder das Andere auch nicht der Fall war, so entstand doch eine Spaltung in eine reaktionäre, eine ministerielle und eine eigentlich constitutionelle Partei, die sich nun hier und da entschieden bekämpften und es natürlich machten, daß die inmittelst erstarkte radicale Partei an vielen Orten den Sieg davon tragen mußte. Vergebens suchte nun die Regierung den, durch die Verzögerung der Wahlen entstandenen Nachtheil dadurch zu paralysiren, daß sie von ihrem Suspensionsrechte einen in manchen Fällen offenbar zu weit ausgedehnten Gebrauch machte. Die dadurch erbitterten Gegner verdoppelten jetzt nur ihre Anstrengungen, und sie siegten nun um so leichter, je schärfer inmittelst die veränderte Politik der Regierung hervortrat. Dadurch erklärt sich zugleich, warum fast alle Nachwahlen radical ausfielen, denn je mehr sich die Regierung von der angedeuteten Bahn entfernte, um so entschiedener traten die angedeuteten Spaltungen hervor und um so entmuthigter wurde die constitutionelle Partei, ja die Schwachen darunter traten wohl gar aus Verdruß in's Lager der Gegner über.

Dessenungeachtet hatten die Gegner der Radikalen beim Beginn des Landtags in beiden Kammern die Mehrheit und wie man auch über denselben urtheilen möge: Das wird Niemand bestreiten können, daß in ihm eine Masse Intelligenz zusammengehäuft war, wie sie Sachsen noch nicht vereinigt gesehen hatte. Denn mit Ausnahme des jetzigen waren alle bisherigen Ministerien Sachsens in ihm vertreten, ebenso hatten alle bisherigen Landtage so wie die Frankfurter Nationalversammlung ihr Contingent gestellt. Wo Männer, wie von Carlowitz, Braun, Georgi, Held, Weinlig, Biedermann, Hartart, Cuno, Klinger, Dufour, Koch, Schröder, Mezler, von Kömer, Schenk, Küttner, Kewiker, Haberkorn, Joseph, Haden, Evans, Mammen, Müller, Hoppe, Hohlfeld, Hähnel, Albrecht, v. Biedermann, v. Polenz, v. Herder, Jungnickel, Dehne, Riedel, Kresschmar, Graf Hohenthal und Andere, und dann von den Neueren Kalb, Funke, Hülße, Wagner, Dehningen, Raschig, Kammel, Wiggard, von Friesen u. s. w. (wir nennen nur, die uns

gerade einfallen) nebst den vielen andern bürgerlichen, adlichen und bäuerlichen Elementen zusammensaßen; da konnte man in Wahrheit sagen, daß alle Parteien, alle Stände, alle Richtungen vertreten seien. Es war — mit einem Worte — die erste Versammlung, von der man im Allgemeinen wohl behaupten konnte, daß sie wirklich das ganze Volk (wie es nun eben ist) vertrat und die verschiedenen Stimmungen ziemlich treu abspiegelte. Evidenteshalb konnte es aber auch nicht fehlen an grollenden Elementen der überwindenen Partei. Es schadete dies auch nichts, denn es kam nur darauf an, auf geschickte Weise die noch hochgehende Fluth vollends zu glätten. Der etwa noch vorhandene Unverstand, an dem es übrigens auch jetzt nicht fehlt (wir erinnern nur an die Ungerschen Sauerkrautpressen!) wäre dann an seiner eignen Lächerlichkeit untergegangen. (Fortsetzung folgt.)

Die Zolleinigung Deutschlands

oder — wie wir mit größerem Rechte sagen sollten — die Zollspaltung Deutschlands nimmt jetzt das allgemeine Interesse in Anspruch. Die österreichischen Pläne sind bekannt, ebenso weiß man, daß Preußen in neuester Zeit dem norddeutschen Vereine sich genähert hat. Letzteres ist zunächst wohl nur um deswillen geschehen, weil man sich nicht auch auf diesem Gebiete von Oesterreich überflügeln lassen will; denn so mächtig ist der Einfluß des Letztern bereits geworden, daß Preußen — im Gefühl seiner Schwäche — das Bedürfnis fühlt, an Andere sich anzulehnen! Was man über diese Angelegenheit aus Hannover erfährt, bestätigt diese Ansicht. Bei den Verhandlungen, welche dort der Geh. Finanzrath Delbrück mit dem Minister Münchhausen und dem Finanzrath Klenze geflogen, soll nämlich ein näherer Eingang auf specielle Punkte, die hier sehr wichtig sind, noch nicht erfolgt, sondern nur eine gemeinsame Opposition gegen Oesterreich, das bekanntlich jetzt auch von Baiern und Sachsen unterstützt wird, verabredet worden sein; und erst, wenn dieser Gegner bekämpft und demgemäß der Zollverein wieder auf feste Füße gestellt ist, dürfte der Plan, den norddeutschen Steuerverein innerhalb des Zollvereins aufgehen zu lassen, wieder aufgenommen werden.

Oesterreich dagegen sucht — seiner Politik getreu — zunächst Preußen auch auf diesem Gebiete zu schwächen und zu isoliren und operirt daher vor allen Dingen gegen die oberwähnte Verbindung. Es läßt daher vor der Hand seine weiter greifenden Pläne fallen, verkländet überall, daß die gesürchtete Ausdehnung des Tabaksmonopols — denn mit der Vertheuerung des Tabaks und der Cigarren geht man dem Deutschen an's Leben! — durchaus nicht in seiner Absicht liege, und will begreiflicherweise lieber zwei schwächere, als einen starken Gegner haben. Es will deshalb jetzt die drei Gruppen in handelspolitischen Dingen bestehen lassen; denn da eine Einigung nicht möglich, so würde es höchstens Baiern

und Württemberg*) vom Zollverein losstrennen, dafür aber Preußen den ganzen Norden in die Hände spielen, denn dieses würde dann natürlich — um sich für das Verlorne zu entschädigen — dem Norden jede Concession machen, dadurch aber Preußens Machtstellung einen bedeutenden Einfluß gewinnen.

Was nun Sachsen betrifft, so hofft zwar der Lloyd, daß es in diesem Falle wenigstens gelingen werde, auch noch Sachsen vom Zollverbände loszureißen, allein wir haben schon bemerkt, daß wir in dieser Beziehung Nichts befürchten zu müssen glauben. Stellt doch auch die sächsische Denkschrift den Grundsatz an die Spitze, daß Staaten von verwandten Interessen durch den Verkehr besser, als durch Verträge mit einander verbunden werden, und es ist nur zu bedauern, daß sie merkwürdigerweise bald darauf dieser „allein wahren Idee“, die nichts Anderes ist, als das Princip der Handelsfreiheit, selbst entgegenarbeitet. Sehr scharf kritisiert ein Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ diesen unlängbaren Widerspruch, der nur durch die nun einmal vorhandene allgemeine Hinneigung zu Oesterreich sich erklären läßt. Wir lassen den Schluß des Artikels hier folgen:

Der Consument, die ganze Bevölkerung bedarf vor Allem wohlfeile Gelegenheit, die Bedürfnisse zu befriedigen. Die Wohlfeilheit, welche die Handelsfreiheit bringt, vermehrt den Wohlstand mehr als jede andere Methode, aus dem einfachen Grunde, daß, wo die Dinge nur halb so viel kosten, der Mann mit 100 Thln. Einnahme so viel genießen kann und so reich ist, als der mit 200 Thln., wo die Dinge noch einmal so theuer sind. Die Producenten haben kein anderes Interesse als die Consumenten, nur wenige beschränkte Fabrikanten wissen noch nicht, wie die Blüthe jeder Industrie davon abhängt, daß der Verbrauch ihrer Erzeugnisse ein großer und daß dieser Verbrauch nur durch Wohlfeilheit zu erreichen ist. Es ist ein vergeblicher Versuch, innerhalb der Grenzen des öster-

reichischen Tarifentwurfs die Handelsfreiheit nachweisen zu wollen, er bietet auch nicht eines der Güter, welche sie gewährt, und beseitigt auch nicht eine der Rechtsverletzungen, auf welchen das Schutzzollprincip ruht und durch welche es aus den Taschen der Einen diejenigen der Andern füllt. Oder denkt man, es werde bei uns und in den Nordseestaaten der Verbrauch vermehrt, wenn die Waaren theurer werden? Denkt man, die vielen Millionen Oesterreicher, von welchen drei Viertel barfuß gehen, werden unsern Strumpffabrikanten neue Kunden sein? Oder hofft man die Blüthe unserer Weberei durch Verdoppelung des Garnzolles zu heben? Oder glaubt man, die Zettel seien besser als unsere Thaler? Und wenn man alle diese Fragen verneinen muß, was will man dann um Gottes Willen mit dem österreichischen Zollverein? Wie kann man sich über solche Projecte in Unterhandlungen einlassen? Den Dresdner Conferenzen, so will die sächsische Regierung, sollen demnächst andere folgen, welche in erster Linie über Annäherung der Tarife berathen sollen! Ueber Annäherung welcher Tarife? Wenn auch an die noch ungeborenen aus Wien — wie kann die Annäherung anders gemeint sein, als daß wir unsere Zölle erhöhen sollen? Und die weitere Erhöhung unserer ohnedies übertriebenen Zölle wagt eine Denkschrift vorzuschlagen, die selbst die Handelsfreiheit als das allein richtige Princip anerkennt? Man spricht in der Denkschrift so viel von dem Verkehre, welchen der Zollverein so vermehrt habe; ein Zollverein kann aber nie den Verkehr vermehren, er kann ihn stets nur schmälern; was an dem Zollvereine von vortheilhafter Vermehrung nachzuweisen ist, muß lediglich denjenigen Waaren gedankt werden, welche keinen oder sehr geringen Zollschuß genossen haben und dem Umstande, daß wir 30 Jahre Frieden gehabt.

Der österreichische Tarif kennt aber kaum eine Waare ohne Schutzzoll, und was den Frieden betrifft, dafür finden wir keine große Bürgschaft oder Aussicht in der in Dresden so beliebten Zusammenschmelzung und Solidarität mit Oesterreich, welches sich in fortwährendem Kriegszustande befindet und denselben schwerlich jemals los wird, zumal jetzt, nachdem die Feinde der Verfassung vom 4. März geschlagen sind, und noch die andere Arbeit vorliegt, ihre Freunde tod zu machen, wie Dies die österreichischen ministeriellen Blätter bereits andeuten. Und wenn die Finanzen als ein Hinderniß angeführt werden, wenn von Einführung der Handelsfreiheit die Rede ist, wie wollte man dann eine Annäherung an den österreichischen Tarif befürworten, dessen Grundprincip „ausgiebige Schutzzölle, d. h. solche sind, welche keine Waaren ins Land lassen und also keine Eingangszölle tragen? Was hat denn die Continentsperre den sächsischen Finanzen eingetragen? Ohne der Denkschrift auf allen ihren Abwegen und Irrwegen zu folgen, ohne ihr abzusprechen, daß sie das Problem gelöst, mit vielen Worten nichts zu sagen, weil ein Satz den andern aufhebt, bemerken wir nur noch, daß unserer Ansicht nach mit den österreichischen Projecten überhaupt nicht zu unterhandeln, daß sie einfach zu ignoriren sind, und

*) Selbst in Württemberg und Baiern dürfte man sich zweimal besinnen, wie folgende Correspondenz vom Main beweist: Thatsachen sind es, die uns stutzig machen und uns abrathen, in nähere Beziehungen zu einem Staate zu treten, in welchem es bekanntlich nur noch Staatsschulden und Papiergeld giebt. Bei der Neuwahl der Bankdirectoren in Wien am 14. Januar lag folgendes Ergebnis vor: die neue 2procentige consolidirte Staatsschuld beträgt 24,406,838 fl. Die schwebende, nicht consolidirte Staatsschuld steigt auf 75,223,483 fl. Hierzu schwebet der Staat der Bank noch 150,402,918 fl. Ferner hat die Bank an Banknoten in Umlauf 255,367,220 fl. Außerdem hat das Publikum für 4,927,099 fl. Kassenanweisungen und Reichsschattscheine in der Bank stehen. Jene sämtlichen Staatsschulden betragen 250,033,239 Gulden. Die Bank schuldet 394,390,319 fl. Dies erhebt sich zusammen zu der ungeheueren Summe von 554,427,558 fl. Schulden, ohne die älteren vor 1848. — Hierfür sind an Deckung in der Bank vorhanden 32,203,124 fl. baar Geld und 2,622,173 fl. Deckung in Staatspapieren, mithin sind von der Schuld des Staates und der Nationalbank (denn beide sind eine Finanzcasse) seit 1848 ungedeckt, 519,602,261 fl. Wir fragen: kann man es den Zollvereinsstaaten verargen, wenn sie mit ihren keineswegs zerrütteten Staatsfinanzen und ihren vollkommen geregelten Geldverhältnissen Bedenken tragen, sich mit einem Staate zu verbinden, der sie möglicherweise nur dazu gebrauchen könnte, seine eigenen Lasten zu erleichtern.

unsere Beamten, so lange sie nicht in kaiserlichen Diensten stehen, die von uns bezahlte Zeit nicht zur Propaganda für Hrn. von Bruck zu verwenden, sondern den Interessen des Landes zu leben haben, welche das Gegentheil jener Bestrebungen und die lebhafteste

Unterstützung für einen norddeutschen Handelsbund erfordern, wie er mit Recht als der nächste Schritt betrachtet wird, uns endlich von dem Irrthume zu befreien, daß der Staat der Fabrikanten, und zwar am meisten der schlechtesten wegen da sei.

Kirchliche Nachrichten.

Künftigen Sonntag predigt Hr. P. Wimmer.

Getraute: 4) Estian Traug. Seidel, Korbmacher u. C. in Delsniz u. Igfr. Estiane Friederike Frank von Remtengrün.

Geborne: 14) Joh. Gottfr. Herold's, C. in Remtengrün L. Aug. Henriette. 15) Joh. Georg Zahn's, Webers in Weidig L. Louise Albine. 16) Ein unehel. S. allh.

Beerdigte: 9) Hr. Heinr. Glob Adler, B. u. Instrumentenm. allh., ein Wittwer, 77 J 1 M. 27 L.

Edictalladung.

Auf dem in dem Grund- und Hypothekenbuche des Königl. Appellationsgerichts zu Dresden, als Lehnhofs, für das Erb- und Allodialgut Freiberg mittlern und untern Theils angelegten Folium befindet sich ein von Gößnisches Lehnquantum im Betrage von 4000 Fl. — — eingetragen, wozu hinsichtlich der deshalb für den Königl. Polnischen und Churfürstl. Sächs. Oberaufseher Hanns Wilhelm von Gößnis, den Königl. Polnischen und Churfürstl. Sächs. Obersten Wolf Heinrich von Gößnis, den Hauptmann Georg Wolf von Gößnis, für Wolf Gottlob von Gößnis und Wolf Dietrichen von Gößnis mittelst Verschreibung vom 31. März 1756. beschene Verpfändung ermeldeten Gutes am 28. April 1756. Consens gegeben worden ist.

Nachdem nun Behufs der Aufhebung dieses Lehnquantum sowohl seitens des Besizers berogten Gutes, Herrn Major Wilhelm August Ludwig von Petrikowsky, als auch Seiten Frau Henrietten Augusten Erdmuthen verheh. Bauinspector Schade geb. von Gößnis und Genossen zu Ausmittelung der dormalen noch am Leben befindlichen, von jenen ursprünglichen Inhabern des besagten Lehnquantum abstammenden Berechtigten um Erlassung von Edictalien nach Maafgabe des Mandats vom 13. November 1779. und des Gesetzes vom 27. October 1834. nachgesucht, solche auch von dem Königl. Appellationsgerichte zu Dresden, als Lehnhof, angeordnet worden ist, so werden alle diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche an jener hypothekarischen Forderung zu haben glauben, hierdurch geladen,

den 11. Juli d. Js.

bei Strafe des Ausschlusses, Verlust ihrer Ansprüche und der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand persönlich oder durch hinlänglich instruirte und legitimirte Bevollmächtigte an hiesiger Amtsstelle zu erscheinen, sich anzugeben, ihre

Ansprüche anzumelden und zu bescheinigen, mit dem bestellten Contradictor rechtlich zu verfahren, das Verfahren binnen 3 Wochen zu beschließen und hierauf

den 5. August d. Js.

der Bekanntmachung eines Erkenntnisses, welches hinsichtlich der Ausbleibenden für bekannt gemacht erachtet werden wird, gewärtig zu sein.

Auswärtige Interessenten haben am hiesigen Orte Bevollmächtigte zur Annahme der künftigen Ausfertigungen bei 5 Uhr. — — Strafe zu bestellen.

Adorf, am 29. Januar 1851.

Königl. Justizamt.
Ludwig.

Aufforderung.

Alle diejenigen, welche noch Zahlungen in die Hopfencasse zu machen haben, werden aufgefordert, solche binnen 8 Tagen zu berichtigen, widrigenfalls wir uns veranlassen sehen müßten, diese Reste gerichtlich eintreiben zu lassen.

Adorf, den 8. Februar 1851.

Die Hopfendeputation.

Neue Holz-Goldleisten

von vorzüglicher Schönheit und Dauer, welche sich hauptsächlich in den breiten Sorten zu **Gelgemälden** und Spiegelrahmen prächtig ausnehmen, sowie auch geringere Sorten in allen Breiten empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Adorf, den 10. Februar 1851

F. A. Schmidt.

Aechtes China-Räucherpulver

empfiehlt als ein vorzügliches Haus-Parfüm, pr. Flacon 5 Ngr.

Adorf, den 10. Februar 1851

F. A. Schmidt.

Auszuleihen. 150 Thlr. sind gegen hypothekarische Sicherheit auszuleihen, wo sagt die Expedition dieses Blattes.

Zugelaufener Hund. Ein Jagdhund, von Farbe gelbbraun, mit vier weißen Pfoten und einer kleinen Platte versehen, ist mir am vergangenen Sonntag, den 9. Februar, im alten Walde zugelaufen. Der rechtmäßige Eigenthümer kann denselben gegen Erstattung der Insertionsgebühren und des Futtergeldes wieder erhalten bei

Gottlob Gläsel,
Strumpfwirkerstr. in Adorf.

Dtto Neper: Redaktor, Drucker und Verleger.